

KORRESPONDENZ

Zur gegenwärtigen Entwicklung des philosophischen Diskurses im deutschen Sprachraum*

Von HERBERT HRACHOVEC und FRANZ MARTIN WIMMER (Wien)

Herbert Hrachovec

West und Ost

Eine Debatte über das Erbe der DDR scheint nicht entstehen zu können. Die zaghaft zwischen Unterdrückung und Widerstand aufkommenden Ansätze zu einer Identität der Intellektuellen dieses Staates implodiert unter dem Überdruck der westdeutschen Wirtschaftsmacht. Das sind die Fakten. Sie sprechen für sich, ihnen soll hier nicht widersprochen werden. Die Vorstellung, es könnte zu einer produktiven Auseinandersetzung zweier Traditionslinien kommen, trägt nicht. Verständlich, daß viele zu den Stärkeren überlaufen, um nicht trübsinnig zu werden. Aber es gibt auch gebremstere Reaktionen. Im Westen selbst hat sich Widerstand gegen die Praxis des medial gleichgeschalteten multinationalen Kapitalismus entwickelt. Sie scheint der geeignetere Ansprechpartner, wenn es darum geht, über Defizite, welche die ökonomische Expansion produziert, klarzukommen.

Indes: Auch diese versuchsweise Verständigung ist alles andere als gleichberechtigt. Nicht nur die gesellschaftlich dominanten Einstellungen, auch die Bemühungen, ihnen Alternativen entgegenzusetzen, stehen nicht mehr in Konkurrenz. Die systemimmanente Kritik im Westen hat zu den ehemaligen, vorsichtig subversiven, Lebensformen, die sich nun glücklicherweise überholt haben, einen bestenfalls antiquarischen Zugang. Können beide voneinander lernen? Ich möchte das anhand der Erfahrungen in einem Treffen von Philosophinnen und Philosophen aus der DDR und Österreich sowie der anschließenden Lektüre der Nummer 3/1990 der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ diskutieren.

Mein Haupteindruck geht dahin, daß die Formen des Widerstands innerhalb der zu sehends erfolgreich-expansiven Konsumgesellschaft eine ganz andere Richtung genommen haben, als die zum Selberdenken befreiten Kollegen aus dem Osten ansprechen. Grob gesagt: Das aufgeklärte Subjekt, auf das die Beiträge in der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ sich nun zurückbeziehen, hat nicht darauf gewartet, von diesen Nachzüglern entdeckt zu werden. Für das Verständnis der Theoriekonstellation im Westen ist von entscheidender Bedeutung zu sehen, daß die Apostrophierung von so etwas wie „sich im Produktions- und Reproduktionsprozeß selbst zum Zweck setzenden, in der Gemeinschaft sich selbst entfaltenden und realisierenden Individuen“ (Steffi Richter, S. 267) hier gegenwärtig nicht zum Vokabular oder in den Erfahrungshorizont irgendeiner marginalisierten Gruppe gehört. Im Kontext der hiesigen Diskussion verweisen solche Formulierungen auf einflußreiche, an humanistischen und sozialdemokratischen Werten orientierte, Politiker und Philosophen, die den pragmatischen Kampf um Einfluß und Ressourcen nicht bestreiten wollen, ohne eine wenig Utopie anklingen zu lassen. Der Haken ist nur, daß mit der Aneignung der kantischen Humanitätsvorstellung durch den Parlamentarismus ein Ausdrucksbereich für jene blockiert wird, die mehr sagen wollen, als die Mehrheit der Wähler hören will.

Die Entwicklungen sind überkreuz gegangen. Philosophisch subversive Momente in der BRD finden sich am ehesten dort, wo die Rhetorik des emanzipatorischen, sozial abgestimmten, ideal fundierten Handelns skeptisch betrachtet wird. Um es an PropONENTEN festzumachen: J. Habermas und K. O. Apel legen die Fundamente des liberalen kapitalistischen Verfassungsstaates; die auf dem Umweg über Frankreich (vor allem durch J. Derrida und M. Foucault) in der Bundesrepublik reaktualisierte Philosophie Heideggers dagegen verfolgt eine andere Fragestellung. Sie bezweifelt, daß die Beschwörungen des Urteilsvermögens entscheidungsfähiger Individuen wirklich die Probleme der Gegenwart treffen. Bekanntlich ist die Demontage des ethischen Subjekts nicht frei von faschistischen Anklängen. Um so respektabler kann sich die Diskursethik geben, wenn sie kontrafaktisch an Verantwortung in herrschaftsfreier Kommunikation appelliert. Im Gegenzug erklärt sich daraus aber auch, warum die Kritik an der Konsenstheorie an die Tabus liberaler Demokratien stößt. In ihnen konnte man ab 1968 die Erfahrung machen, daß Widerspruch in der von vielen als nötig erachteten Vehemenz gesellschaftlich (und auch individualgeschichtlich) nicht durchzudringen vermag. Das hat die Linke nachhaltig gespalten und dazu geführt, daß sie mit der Evokation der „Verbindung von Gesellschafts-, Kollektiv- und Individualentwicklung auf einer höheren Stufe der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (Michael Brie, S. 224) kaum mehr etwas anzufangen weiß.

Ohne Bewußtsein davon, daß vorsichtig über marxistisch-leninistische Doktrinen hinaustastende sozialtheoretische Ansätze im Westen geradewegs als Unterstützung der etablierten Systemphilosophie ankommen, ist kein Gespräch am Rand der sich überstürzenden Ereignisse zu führen. Die angesprochene Verschiebung führt zu einer komplizierten Konstellation. Bei ihrem Versuch, das Unbehagen innerhalb der dynamischen Wirtschaftsmacht BRD zu artikulieren, sehen sich Philosophen, die den Legitimationszwang als beklemmend erfahren, vor zwei schwierigen Aufgaben. Erstens ist es ein Affront, dem ideologischen Konsens betreffend sozialpartnerschaftlicher Marktwirtschaft zu widersprechen; zweitens ist es alles andere als ausgemacht, ob es überhaupt in Theorie und Praxis vertretbare Alternativen dazu gibt. Kritik in einer von Kritik lebenden Gesellschaft steht vor der Wahl, sie zu bestätigen oder sich möglicherweise destruktiven Selbstzweifeln auszusetzen. Eine Andeutung, wie damit vielleicht umgegangen werden kann, folgt. Ich werde der Weltverbesserungsmentalität eine gedämpftere Stimmung entgegenstellen und dann die Frage anschneiden, wozu man Philosophen braucht, wenn nicht zur Verteidigung der Prinzipien des universalen freien Austausches von Meinungen und Gütern.

Große Worte

„Kritische Öffentlichkeit“, „Rationalität“, „Verantwortung für die Menschheitsfragen“ – ohne Zweifel sollen mit diesen Termini wichtige Themen angesprochen werden. Aber kommentarlos sind diese Versuche nicht ernst zu nehmen. Worte beziehen sich nicht abgesehen von den Umständen auf Sachen, unter demokratischen Umständen genauso wenig wie unter totalitären. Überlegungen im Anschluß daran blockieren das naive Vertrauen, daß redliche Gedankenarbeit einfach Früchte trägt, und stellen sich der Abschätzung, was solche Pauschalbegriffe überhaupt bedeuten können und wie sie es können. Zwei Einstellungen sind typisch. Die eine baut, orientiert am klassischen Philosophieideal, auf einem Kontinuum zwischen Feuilleton und Fachjargon. Die Philosophen sprechen professionell über die Anliegen der kritisch-kulturell interessierten Öffentlichkeit. Indem sie ihnen theoretische Fundierung und gedanklichen Schliff verleihen, beteiligen sie sich an derselben Sache. Die Gegenposition sieht das nicht so geradlinig. Für sie ist der Direktkontakt zwischen den großen Worten und philosophisch vertretbarer Arbeit unterbrochen. Es scheint ihr eine Fehlentwicklung zu sein, die Kraft spekulativer Entwürfe

- 10.1524/dzph.1991.39.16.100

im Gleichklang mit den Massenmedien zur Beförderung unbehindert freien Austausches beliebiger Inhalte einzusetzen. Nur im Reagieren auf die Korruption des tradierten Sachbezuges ihrer Termini hätte Philosophie Aussicht auf Zukunft.

Man kann das sehr vereinfacht auf den Nenner bringen, daß mit dem Fehlen eines alternativen Gesellschaftssystems, in das man seine Hoffnungen setzen könnte, die Philosophie im Westen damit konfrontiert ist, entweder dem existierenden System legitimatorisch zuzuarbeiten und dabei (hoffentlich) einige Verbesserungen anzuregen oder sich aus dem Spiel wechselseitiger Bestätigung der gesellschaftstragenden Instanzen herauszunehmen, um einen Weg am Rande des vernünftig Mitteilbaren zu verfolgen. Die Gegenüberstellung läßt sich angesichts einer Wendung wie „Verantwortung für die Menschheitsfragen“ exemplifizieren. Auf der einen Seite wird kaum ein denkender Mensch bestreiten, daß sie ein Problem benennt. Hier Desinteresse zu mimen ist nichts als Realitätsverlust. Andererseits ist aber klar, daß hinter diesem Universalismus das Interesse der Ausbeuter steht. Er eröffnet einen maximalen Horizont, um den Mist, den Imperialismus, Kapitalismus und Kommunismus gebaut haben, gleichmäßig über die Menschheit zu verteilen. Es ist eine Zumutung, die Milliarden Leidtragenden der realpolitischen Expansion Europas in die Verantwortung für das gefährdete Menschheitswohl hineinzunehmen, selbst wenn es aus humanitären Absichten geschieht. Die große Geste läßt sich durchaus als raffinierte Selbstbegünstigung der abendländischen Kolonisation des Globus verstehen. Ich habe bereits angedeutet, daß diese skeptische Einstellung keinen schlüssigen Ausweg anbietet. Aber eine Umschichtung könnte zumindest ins Auge gefaßt werden. Vielleicht ist es angezeigt, nicht so zu tun, als könnte der ausgeklügelte Apparat des ethischen Universalismus die Kluft zwischen den reichen westlichen Demokratien und dem Rest der Welt einebnen.

Diese Frage ist nicht innerhalb des Kantianismus oder der Diskurstheorie zu entscheiden. Sie hängt am Gewicht, das ungestörten großen Worten für die philosophische Beschäftigung zugestanden wird. Unter diesem Blickpunkt gesehen sind die versuchten Aufschwünge zu neuen Zielen sozialistischer Theorie an einem entscheidenden Punkt diffus. Sie unternehmen es, gleichzeitig unschuldig bleiben und schuldig werden zu wollen, nämlich dem Anschluß an die ökonomische Weltmacht zu präjudizieren und den Draußenbleibenden eine reformierte sozialistische Alternative anzubieten. Umgesetzt auf die beiden Typen der Philosophie-Einschätzung, die ich genannt habe, heißt das, am Universalismus der liberal-kritischen Denkschule zu partizipieren und zusätzlich das Privileg in Anspruch zu nehmen, (noch) nicht dazuzugehören, wenn es um ihre Schattenseiten geht. Dieser Balanceakt wird sich in kurzer Zeit als rhetorische Zwischenlösung herausstellen. Dann steuert die Selbstverständigung, von der hier die Rede ist, erst recht auf die meta-theoretische Entscheidung zu, ob Philosophie den kapitalistischen Demokratien bei der Begründung jener Daseinsberechtigung hilft, die sie sich sowieso nehmen, oder ob sie den Verdacht verfolgt, dieses Geschäft würde sie unter den gegebenen Umständen gerade von den Inhalten ablenken, um deretwillen sie es einmal unternommen hatte. Weniger dialektisch formuliert: Wo Widerspruch zum System gehört, kann man sich nicht durch Widerspruch von seinen Folgen absolvieren.

Ein Ausweg aus der Klemme ist schärfere begriffliche Differenzierung. Die großen Worte sind nicht unbedacht umzusetzen, sondern erst nach fachgerechter Prüfung. Mit Recht haben traditionsverbundene Kommentatoren darauf hingewiesen, daß die Diffamierung der Vernunft als ein ausgefeiltes Herrschaftsinstrument die Intention der klassischen Philosophie verfehlt. Die aktuelle Aufgabe bestünde darin, die Komplexität der Zusammenhänge zwischen Verfahrensrationalität und Vernunftfeindsicht recht zu entfalten. Diese respektable Antwort sollte freilich nicht vergessen lassen, daß eine solche Sprachregelung im Interesse jener zwei Drittel der Gesellschaft liegt, die ein flexibles Instrumentarium zur Durchsetzung ihrer Macht unter Mitberücksichtigung noch ausstehender Defizite benötigen. Die Strategie ist aus dem Marxismus-Leninismus und der kirchenamtlichen katholischen Lehrpraxis bekannt: Das jeweils herrschende System gesteht Fehl-

leistungen zu, nur um sie im gleichen Atemzug auf seine Legitimationsbasis zurückzubeziehen. Möglicherweise können sozial-normative Gebilde nicht anders funktionieren, möglich ist aber auch, dieses Spiel nicht mitspielen zu wollen. In diesem Unwillen wird angemeldet, daß das Emanzipationsvokabular nicht mehr geeignet ist, der Entfremdung zu begegnen, welche die Emanzipation selber hervorgebracht hat. Wo soll das hinführen? Großzügige Ziele sind nicht in Sicht, eher ein Rückstoß auf den Umgang der Philosophie mit Worten. Sie kann der Allgemeinbegriffe schlecht entraten, aber sie kann, bevor sie sich ihrer bedient, fragen, wer sie in dieser Gesellschaft wozu benötigt. Nach einer ersten Diagnose dienen sie zwei grundverschiedenen Zwecken, nämlich der Sinngebung des Einzel Lebens und der möglichst reibungslosen Abwicklung gesellschaftlicher Prozesse. Die große Hoffnung sagt, die beiden Zwecke ließen sich in einem theoretischen Entwurf verbinden. Die skeptische Betrachtung erwidert, das sei ideologischer Konformitätszwang. Das Individuum würde wider besseren Wissens in den Dienst des Zweckoptimismus gestellt, ohne den die Produktion nicht expandiert. Ich folge diesem Eindruck. Was nötig ist, um die intellektuelle Respektabilität der Marktwirtschaft zu sichern, ist nicht geeignet, dem nachdenklichen einzelnen in diesem Rahmen ein gutes Gewissen zu bereiten. Darum noch ein paar Anmerkungen zu seiner prekären Lage.

Monade und Maskerade

Die Ernsthaftigkeit einer Frage garantiert nicht, daß eine Antwort zur Verfügung steht, dazu muß man nur die Diskussion um theologische Sinnansprüche ansehen. Daß die westlichen Gesellschaften an der Unterhöhlung der Vernunftbrücke zwischen Machtentfaltung und Selbstbestimmung laborieren, ist kein Grund, ihren Schönrednern darin zu folgen, daß es eine solche Verbindung jedenfalls geben müsse. Transzendente Ideale haben eine Vergatterungsfunktion. Ein Stück weit in die Zukunft gedacht liegt der Berührungspunkt zwischen den nicht systemtragenden Intellektuellen im Westen und Osten darin, daß beide Gruppen ihren guten Willen zur Weltverbesserung nicht direkt in Worte umsetzen können. Die Beseitigung der Trennung Deutschlands richtet überhaupt nichts gegen die Persönlichkeitsspaltung aus, der Skeptiker in demokratischen Konsumgesellschaften unterliegen. Als Bürger haben sie Anteil an den Errungenschaften jenes Staatswesens, an dessen Schalheit und Bedrohlichkeit sie nicht vorbeisehen können. Für Philosophen heißt das, daß sie die allgemeinen Kategorien, mit denen sich der Westen über sich selbst verständigt, nicht ohne störenden Beigeschmack in den Mund nehmen können.

Das ist die Erschütterung, was sind die Reaktionen? Verbreitet ist die Ausweichbewegung in professionellen Partikularismus, auf fachmännische Betreuung ehemaliger System-Entwürfe zur Erwirtschaftung eines kleinen Gewinns für die gegenwärtige Problemstellung. Das ist ein philologisch-ambitionierter Dienst an schönen Worten, Philosophie als Kulturpflege mit dem großen Unterschied. Doch das ist nicht die einzige philosophische Geste, die sich anbietet. Der Wohlstand westlicher Gesellschaften am Ende dieses Jahrhunderts hat es möglich gemacht, ihren ideologischen Bereich vom Legitimationsdruck auszunehmen. De facto ist ihre Daseinsberechtigung, daß es ihren Mitgliedern gut geht; tiefere Fragen werden auf Wunsch mitgeliefert. Sie können kontrovers beantwortet werden; globale Perspektiven, die über die Sicherung des Wohlbefindens hinausgehen, werden zu Partikularitäten zurückgestuft. Eine zweiseitige Freiheit, einerseits die endgültige Ablösung des Philosophen als eines Ersatz-Priesters, andererseits die Erosion der prinzipiellen Anliegen, die seine Tätigkeit seit ihrer Entstehung kennzeichnen. Die gegenwärtige Debatte um den Stellenwert der Philosophie in Kontinentaleuropa und im nordatlantischen Raum kreist um die Frage, ob für diese Beschäftigung nicht trotz allem ein Sonderstatus anzunehmen sei oder ob von ihr zu verlangen ist, daß sie ohne Dünkel ins Konzert der Meinungsvielfalt einstimmt.

Mir scheint, Philosophen sollten es nicht darauf anlegen, angesichts dieses Dilemmas neuerlich tiefe Gedanken zu entwickeln. Das ist ihr bedingter Reflex. Hilfreicher ist der Versuch, mit der Oberfläche zurechtzukommen, die sie, während sie ihr zu entkommen trachten, in Anspruch nehmen. Einen Ansatz bietet die Beobachtung, daß sich Experten generell in einer verzwickten Lage befinden. Von ihnen wird, weil sie ein Teilgebiet beherrschen, eine unrealistisch weitreichende Kompetenz erwartet. Qualifikation in der Kernphysik z. B. wird von der Öffentlichkeit unwillkürlich als Qualifikation in Fragen der atomaren Rüstung wahrgenommen. Heideggers Suggestion, daß man des Griechischen und Deutschen mächtig sein müsse, um über das Schicksal des Erdballs mitreden zu können, ist das andere Extrem, liegt aber auf derselben Linie.

Philosophen sind Experten für die vernünftige Koordination von Experten. Mit dieser Diskrepanz penibel umzugehen heißt, die Personalunion von Fachmann und Laie zu verweigern. Das halte ich, obwohl mir die Gewissenhaftigkeit verständlich ist, für kurz-sichtig. Eine andere Konstruktion scheint zweckentsprechender. Fachleute dilettieren, wenn sie sich gesamtgesellschaftlichen Fragen zuwenden, auch die Philosophen. Die Perspektive kann nicht sein, daß sie sich die Überschreitung der Fachgrenzen strikt verbieten. Irgendwelche gesellschaftlichen Instanzen bemächtigen sich ihrer Produkte sowieso. Dann ist nicht einzusehen, warum Experten nicht dazu gehört werden sollten. Aber es ist eine geteilte Stimme, an der Kippe zwischen Kompetenz und Kongruenz. Das ergibt freilich die zweifelhafte Erscheinung der Nobelpreisträger, die wegen ihres wissenschaftlichen Renommées zur Tagespolitik gefragt werden. Sie unterscheiden sich im Prinzip nicht von Sportlern, welche die Ehre der Nation verteidigen. Bessere Modelle sind denkbar, aber nicht leicht im Rahmen demokratischer und darum in Sachfragen notgedrungen unausgewiesener gesellschaftlicher Verfügung über wissenschaftlich-technische Errungenschaften.

Philosophie heute dilettiert als das, was Philosophie gestern war, wenn sie von Allgemeinheiten spricht, die sich aus der Geschichte der Disziplin oder den ihr entgegengebrachten Erwartungen herleiten lassen, kaum jedoch aus ihrer Kapazität, den demokratischen Kapitalismus tatsächlich zu begreifen. Die Gewissenhaftigkeit der Monade ist die Maskerade. Sie scheint mir eine Möglichkeit, die Enttäuschung gelten zu lassen, daß Philosophie unter den gegebenen Umständen schwerlich zur Fürsprecherin des Guten im Menschen taugt, und der Konsequenz entgegenzusteuern, daß sie ausschließlich Fürsich-Sprecherin wird. Zur professionellen Verwaltung der Hoffnungen der Menschheit reichen ihre Mittel nicht. Das Ziel muß sie auf Umwegen ansteuern. Die Frage ist, wieviel Geknicktheit sich mit der Geradlinigkeit, die eine Wirtschaft auf Hochtouren vorschreibt, verträgt.

Franz Martin Wimmer

Drug druga

Ich habe den deutschen Text nicht gelesen, falls es einen gab. Auf Englisch werden Lothar de Maizièr in einem „Newsweek“-Interview jedenfalls zwei bemerkenswerte Aussagen zugeschrieben. Die eine: Wenn ein DDR-Orchester Schostakowitsch intonierte, so werde das authentischer geschehen als bei einem westdeutschen Orchester. Die zweite, woraus die erste als Beispiel sich ergibt: Es gebe eine Qualität des Zusammenlebens, des Mitmenschlichseins, die in der DDR entstanden sei und die zum guten Erbe dieser 40 Jahre gehöre. Sie sei zu erhalten.¹ Beide Dinge hätte Vaclav Havel vielleicht noch etwas schöner sagen können, aber ihm geht, im Gegensatz zu de Maizièr, etwas sehr Wesentliches ab: Er hat derzeit keinen älteren Bruder und kann darum glauben, unter Freunden wählen zu können. Der große Bruder der DDR ist übermächtig da, eine Wahlmöglichkeit für irgendetwas scheint kaum gegeben zu sein. In mehrerer Hinsicht ist der große Bruder

die große Autorität. Seine moralische Autorität ergibt sich offiziell aus seiner Entwicklung und Bewahrung demokratischer Institutionen, heimlich aber auch aus seiner Stellung zum Nationalsozialismus als Teil deutscher Geschichte. Die intellektuelle Autorität ergibt sich daraus, daß der Anschluß westdeutscher Wissenschaft an den Westen schon seit geraumer Zeit funktioniert, daß also Rawls, Kohlberg, Apel und andere Philosophen die Autoritäten auf dem Gebiet der Ethik sind, und nicht Reagan oder Kohl.² Die wirtschaftliche Autorität ist ohnedies unumstritten, da kein einziges der bundesdeutschen Unternehmen, soviel man hört, die Konkurrenz aus dem Osten zu fürchten hat, die Bilanz der andern Seite hingegen bekanntlich übel aussieht.

Der kleine, bis auf weiteres kapitalarme Bruder wird also lernen müssen: daß es nicht angeht, sich unter welchen Vorzeichen auch immer die „guten“ Teile des nationalen Erbes herausuchen und weiterführen zu wollen, die andern hingegen zu leugnen, daß es vielmehr nötig ist, zu sagen, daß das „Wir“ der Deutschen von 1990 auch in der Nachfolge des „Wir“ von 1933–45 steht; er wird lernen müssen, daß er diese Vergangenheit bislang nicht bewältigt hat und wie das zu tun sei. Er wird ferner lernen müssen, daß er bisher Teil eines peripheren Teils der Menschheit war und also ein Pensum nachzulernen hat, um den Anschluß an die Weltspitze zu finden, wozu aber Sensibilität den slawischen Kulturen gegenüber nicht in erster Linie gehört. Schließlich wird er vertrauensvoll sein ökonomisches Schicksal in die Hand von Experten legen dürfen. Die einzelnen werden schon einsehen, daß es im Wesen und in der Natur des Menschen liegt, einander zu konkurrenzieren und zu bekämpfen, daß es also nur zum Besten aller ist, wenn niemandem etwas geschenkt wird.³

Der Sache nach, nicht der Macht und dem Verlauf der Dinge nach, ist auch der große Bruder gefordert zu lernen, was es heißen kann, nach diesen vierzig Jahren und auf eine zukunftsweisende Art deutsch zu sein: Wird er aber lernen wollen, Schostakowitsch authentischer zu interpretieren, wird er die Formen mitmenschlichen Zusammenlebens beim kapitalarmen Bruder überhaupt wahrnehmen *wollen*? Was werden die Deutschen in diesem neuen großen Staat vom Erbe der DDR übernehmen wollen, und was bedeutet es für uns andere Deutsche, deren „Vereinigung“ nicht zur Debatte steht, wenn in diesem Prozeß weiter so hemmungslos vergessen und verdrängt wird, wie das jetzt den Anschein hat?

Österreich ist, was (noch?) nicht alle Deutschen wissen dürften, eine Bundesrepublik, die aus Ländern besteht. In Österreich ist die Mehrheit der Bevölkerung deutscher Muttersprache, deutscher Tradition. „Wir“ sind daher nicht nur Nachbarn und Beobachter, „uns“ verbindet zum Beispiel einiges auch mit Sachsen (wenn es denn Sachsen wieder geben soll). Innerhalb der deutschen Kultur und Geschichte haben die Länder Österreichs mit dem Land Sachsen mehr gemeinsam als letzteres mit einigen Ländern der künftigen Groß-BRD. Aber es stand nie im Ermessen Sachsens oder anderer Länder, den Schilling als neue Währung einzuführen. Es kam keiner Regierung je in den Sinn, auf eine solche Situation hinarbeiten. Dabei wäre doch eine Konföderation neutraler Staaten von der Ostsee bis zum Mittelmeer nicht von vornherein absurd gewesen.⁴

Der Gedanke scheint nur deshalb so gänzlich absurd zu sein, weil es, im westlichen wie im östlichen deutschen Staat, schon seit langem nur noch um „Deutschland“ gegangen ist, das es offenbar nur als ein einziges geben kann. Jetzt blieb nur mehr die Frage, wer festsetzen würde, was das sei: DEUTSCHLAND. Klar schien den Deutschen der BRDDR sehr bald, daß Deutschland „einig Vaterland“ sein sollte, womit eine Formel gefunden war, wie wir sie antiquierter höchstens noch in einer postmodernen Ausstellung der Gegenwartskunst erwarten hätten dürfen. Ein Phantom war damit benannt, das die Einheit aller – aller was? aller „Deutschen“⁵ benennen und beschwören konnte. Einem Großen und Ganzen gegenüber bleibt immer der Rest. Unter uns Restdeutschen wird sich irgendwann auch wieder die Meinung verbreiten, es ließe sich einzig in einen Staat aller Deutschen leben, und auch für diesen Fall wird die Definitionsgewalt jetzt festgelegt.

In solcher Situation sind Eroberungen und Vereinnahmungen Alltag. De Maizières eingangs zitierte Äußerungen muten daher geradezu heldenhaft an. Die Helden sind heute

weder unter den trauernden Hinterbliebenen noch unter jenen zu suchen, denen alles zufällt, sondern es sind diejenigen, die das nicht aufgeben wollen, was sie an Gutem und Menschlichem in ihrem Leben schaffen wollten und, wie begrenzt auch immer, geschaffen haben. Für die heutigen Helden in der DDR war der Sinn hinter dem Einbrechen der Mauer die offene Welt, nun erlebten sie als das real existierende Ziel dahinter das KaDeWe „Ein Volk steht auf und geht nach Bilka“, wurde schon im Winter ein Graphiker aus Ostberlin zitiert.⁶ Und auch das ist schon wieder Episode.

Auseinandersetzung ist nicht mehr vonnöten; denn was in den Büchern stand, die da altväterisch gesetzt auf schlechtem Papier zu uns gelangten, ist mitsamt den Umschlägen und Autoren Makulatur. So will es der Markt und so wollen wir's. Jetzt ist nicht die Zeit für uns, die offenen Grenzen zu nützen, um zu sehen, was sich da drüben entwickelt hat, denn es steht fest, daß unter der Knute sich nichts entwickeln konnte. So können die lästigen, langatmigen Texte zwischen reclam und MEGA endlich auf den Müll wandern, die alten Anbiederungen haben keinen Sinn, keinen Partner mehr. Mit dem „zweiten deutschen Staat“ hat es ein unrühmliches Ende genommen, er stellt sich als das Letzte heraus. Die Moral siegt auf allen Linien, zugleich mit dem Markt, und am Ende ist beides eins. Es siegt der Geist, der stets vereint, hat Herbert Hrachovec jüngst gesagt.⁷

Vierzig Jahre hat also der Spuk gedauert und jetzt ist er vorbei⁸. Der Westen steht als Billigbieter da; es ist leicht, zu nehmen und zu wählen, die Auswahl bei allen Dingen ist groß; so auch auf dem Gebiet der Philosophie. Und was wird geboten in dieser großen Zeit? Es ist keine Frage, daß „die da drüben“ lernen müssen, was sie zwei Generationen lang verschlafen haben: den freien Fluß der Ideen, den Tanz der Träume, das Spiel des Marktes. In ein paar Wochen oder Monaten sind die Dialektik der Aufklärung, der kritische Rationalismus und die Mauer des Pazifik zu bewältigen, zudem der tanzende Kosmos, die Besitzethik der Gnus und die Methode der Dekonstruktion. Wer kann das? Gleichgültig, wer überleben will aus dem „anderen Teil“ (Deutschlands, Europas) wird es mühen. Es ist ihr Problem.

Und was ist unser Problem? Sieger schreiben Geschichte, auch Philosophiegeschichte, aber verstehen sie sie besser als die Verlierer? Was eigentlich ist der Theoriebestand des Westens, um die neue Situation zu erfassen? – Gehen wir getrost davon aus, daß es nach dem Zerfall der M/L-Orthodoxie auch die Einheit dessen in keinem Hirn mehr gibt, was die M/L-Theoretiker notdürftig zu einer solchen zusammengeschlossen hatten: die „bürgerliche Philosophie“. Klar wiederum, daß niemand ernsthaft sich unter dieser Einheit etwas hatte vorstellen können, aber das ist nicht mehr die Frage. Philosophen stehen plötzlich, wie die NATO, erstaunlich feindlos da; das trägt nicht dazu bei, sie für wichtig zu halten. Was sie in dieser Situation tun, gleicht der Wirtschafts Anpassung: die konkurrenzunfähigen Abteilungen des bisherigen Denkbetriebs mit all seinen Folianten auf grauem Papier werden eingestampft, der Rest wird saniert und die Produktpalette aus dem Westen setzt sich linear fort. Neu daran ist nur der größere Markt. Seltsam bleibt, daß es zwar nicht *ein* Paradigma gibt (sowenig wie *einen* Autotyp), daß es aber trotzdem für alle klar zu sein scheint, was keinesfalls mehr zählen darf: das Erbe jener vierzig Jahre DDR.⁹ Was die Philosophie hierbei leisten soll, klingt gefährlich naiv: sie müsse „wieder eingesetzt werden in die Stellung, die ihr rechtens an einer europäischen Universität zukommt, nämlich in die des öffentlichen Wächteramtes zugunsten der geistigen Freiheit. In diesem Amt verfügt die Philosophie nur über ein einziges Mittel der Macht, nämlich das der überzeugenden Argumentation.“¹⁰ Dem stand wohl bislang die Macht der überredenden Administration entgegen; aber darf man denn ernstlich meinen, nun werde nur mehr argumentiert und es sei das Interesse daran so stark, daß „die Philosophie“ zu diesem Wächteramt „eingesetzt“ werde – von wem eigentlich?¹¹

Was sich da abspielt, was da verschleiert wird, ist der Umstand, daß wir es nicht mit einer Vereinigung zweier Staaten zu tun haben, sondern mit einem Anschluß, einer Okkupation ohne den Einsatz militärischer Mittel; und das Bestürzendste daran ist, daß

niemand in der Lage gewesen zu sein scheint, sich die „Wiedervereinigung Deutschlands“, wenn sie denn einmal kommen sollte, in irgendeiner konkreten Form vorzustellen, weder in dieser, die wir geschehen sehen, noch in einer anderen. Im übrigen erinnert alles an die Zeit davor, als diese beiden Staaten (und auch der unsere, wenngleich selbst vierfach geteilt und besetzt) im Entstehen waren: die Neusprache der Theorie, die Umwertung der Werte und Umerziehung, die Entmarxifizierung der Hochschulen, die Lehrer ohne Schulbücher. Die „alten Tafeln“ sind zerschlagen, wenn auch nicht von Philosophen, und weil ihre Anhänger ohne Tafeln zu leben nie gewohnt waren, halten sie dies und das jetzt für neue Tafeln. Doch auch das ist (noch) ihr Problem.

Unser Problem liegt darin, daß hier eine Welt ohne Reue entsteht. Das heimliche schlechte Gewissen westlicher Linker – und das offene gute Gewissen westlicher Rechter – lag lange Zeit im Osten. Wer heute sagt, es habe aber doch gute Bücher, soziale Sicherheit und erschwingliche Wohnungen für alle gegeben, läuft nicht mehr Gefahr, ernst genommen zu werden. Wer den Internationalismus noch erwähnt und damit mehr als eine universelle Ansprechbarkeit von Konsumenten meint, hat keinen Maßstab mehr; denn die einstmaligen „fortschrittlichen Kräfte“ gibt es nicht mehr, die es erlaubten, den guten vom bösen Internationalismus zu unterscheiden. Die Parteilichkeit der Wissenschaft ist somit endlich wieder, was sie immer war: ideologischer Reflex von Interessen. Und niemand wird dagegen namens eines allgemeinen Interesses, einer allgemeinen Klasse noch einsprechen wollen.

So hohl der Einspruch war, er hatte sein Gutes: Er hielt die Möglichkeit offen, daß die „großen Worte“ in kleine Münze umgesetzt, die Welt etwas menschlicher machten; der Verzicht auf die großen Worte kann auch zum Verzicht auf die alltägliche kleine Münze der Humanität führen, und dies, nicht der Verlust der Phrase, wäre schade. Das Wort, der Gruß, die Losung „Freundschaft“ kann dafür als Beispiel stehen: nicht nur unter Sozialisten üblich, auch als Code für viele Treffen, Aktionen, Beziehungen zwischen Menschen entfernter Regionen. Der NVA-Mann der Grenztruppe konnte Freundschaft zu den Viet-Cong-Leuten halten, die wie er gegen den Imperialismus kämpften. Und es ist vielleicht nicht auszuschließen, daß de Maizières, dem marxistische Orthodoxie kaum nachzusagen ist, assoziiert, daß dem deutschen „einander“ im Russischen zwei Wörter (*drug druga*) entsprechen, die „der Freund dem Freunde“ bedeuten. Alles Manipulation, Irreführung, Slogan? Selbst wenn es so (gemacht gewesen) wäre: Wer sollte unter den Bedingungen des globalen Marktes nach so etwas wie „Völkerfreundschaft“ suchen oder streben? Nach Maßgabe ihrer Verwendbarkeit werden die jeweils Anderen immer geschätzt werden: als Lieferanten von billiger Arbeitszeit, Rohstoffen, Marktanteilen, Drogen oder esoterischen Heilsangeboten. Der Hippie- wie der Yuppie-Weg nach Afrika oder Indien steht ebenso offen wie die Investition in Brasilien oder Ungarn. Mit „Freundschaft“, auch „Völkerfreundschaft“ war anderes gemeint. Wenn es ausfällt, so verliert Europa wieder, was es durch den Verlust seiner politischen Weltreiche nach und nach zu gewinnen dabei war: die Möglichkeit, seinen Teil in einem globalen Diskurs beizutragen, ohne ihn zu diktieren.

Wenn all das ausfällt, was die Leute geprägt hat, die jetzt aus Bürgern der DDR zu unseren deutschen Zeitgenossen werden, so steht zu befürchten, daß nicht nur die Philosophie und nicht nur Deutschland Schaden leidet. An uns wäre es, die Aneignung des „Diskurses der Moderne“, die jetzt in der DDR vor sich geht, nicht belehrend zu verfolgen, sondern darin eine Aufklärung über uns selbst, eine neuerliche Prüfung *unserer* vergangenen vierzig Jahre zu sehen, damit die vertrauten Feindschaften und Freundschaften, die das Leben so angenehm machen, nicht einfach nur fortgeschrieben, sondern vielleicht zur Grundlage neuer Ideen werden. Im einen Fall sagen wir: „So geht es!“, im andern Fall sollten wir fragen: „Geht es so?“

Anmerkungen zu Franz M. Wimmer

- * Die beiden folgenden Texte gehen auf Eindrücke zurück, die sich in den letzten Monaten angesichts der Entwicklungen in der DDR ergeben haben. Hauptsächlich resultieren sie aus Gesprächen anlässlich einer Tagung Mitte Mai 1990 in Wien zum Thema „Institution Philosophie“, an der wir teilnahmen und mit KollegInnen aus der DDR diskutierten: mit Michael Brie, Gerd-Rüdiger Hoffmann, Andreas Laaß, Steffi Richter, Helmut Seidel und Melitta Waligora; ferner aus vergleichbaren Gesprächen in der BRD und verschiedentlich Lektüre neuerer Hefte der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*. Wir stellen die beiden Texte nebeneinander, weil es uns wohl nicht gelingen würde, einen gemeinsamen zu formulieren; sie stehen dennoch nach unserem Verständnis nicht gegeneinander.
- 1 *Shaping a United Germany*. In: Newsweek (1990). June 18th. S. 60
 - 2 Daß im Ethik-Lehrbuch der DDR Honecker viermal, keiner der westlichen Ethiker auch nur einmal zitiert worden war, beklagt Helmut Fritzsche im vermutlich letzten Heft der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie* (DZfPh), das die rote Schleife aufgedruckt hatte. Vgl. H. Fritzsche: Memorandum zur Errichtung eines Instituts für Philosophie an der Rostocker Universität. In: DZfPh. Heft 4/1990. S. 383
 - 3 „In der Bedürfnisnatur des Menschen gründet Konkurrenz, das Zusammenlaufen mehrerer auf dasselbe, das sie haben wollen“, schreibt Richard Schröder im selben Heft der *Deutschen Zeitschrift*, S. 376. Es ist übrigens nicht ohne Pikanterie, wie er seine Beispiele für die seltenen Güter wählt, „die nicht vermehrbar sind ... der Hort des Nibelung, Großvaters Springdeckeluhr, das Seegrundstück, die öffentliche Anerkennung, aber auch die eine Frau, um die sich zwei Männer bewerben, und vieles mehr“ (ebd.). Irgendwann, hoffe ich, werden NaturrechtstheoretikerInnen einmal den einen Mann, um den sich zwei Frauen bewerben, zu den seltenen Gütern zählen. Will sagen: Es geht um etwas anderes, nicht um diese Singularitäten; es geht um die Verfügbarkeit von Wohnung, Bildung, Arbeit, Gesundheitsversorgung für alle. Die Springdeckeluhr und der eine Mann werden immer noch bleiben und zu Dramen führen, das macht diese Dinge und vieles mehr nicht relevant für eine Sozialethik.
 - 4 Die Szenarios der politischen Kommentatoren im Frühjahr, nicht mehr im Herbst 1989, die ihren Niederschlag in fiktiven Landkarten von einem künftigen Europa in diversen Zeitungen fanden, ließen etwas Derartiges gar nicht als ausgeschlossen erscheinen. Prompt tauchten in diesem Zusammenhang feudal-dynastische Erinnerungen bis zurück zu Ottokar von Přemysl und dem Großmährischen Reich auf. Es ist seither damit nicht besser geworden; denn allzu vieles außer der einstigen Monarchie ist es nicht, was die neuerlich engen Nachbarn im Osten mit uns an Erinnerung gemeinsam haben.
 - 5 Von denen es nicht einmal eine weibliche Form gibt, es gibt Polinnen, Französinen, sogar Österreicherinnen und Schweizerinnen, „Deutschinnen“ gibt es einfach nicht. Den Hinweis auf diesen verblüffenden und einfachen Sachverhalt verdanke ich Melitta Waligora.
 - 6 In: Der Spiegel (1990). Nr. 4. S. 68ff. *Bilka* ist die Kurzform des Namens eines Supermarkts in Westberlin, desgleichen *KaDeWe* (*Kaufhaus des Westens*).
 - 7 H. Hrachovec: Die böse Wolf. In: Der Falter. Wien. Nr. 28. (1990). S. 8; vgl. auch: E. Nemeth: Der totale Westen. Ebd. S. 9
 - 8 Vierzig Jahre war das Volk Israel schon in der Wüste, als nach einem Führungswechsel die Kundschafter aus dem Gelobten Land zurückkamen, reich mit Schätzen beladen. Sie hatten dieses Land allerdings noch zu erobern, und spätestens damit endet der Vergleich.
 - 9 Das heißt nicht immer, daß Marx vergessen werden soll: „Wir meinen, daß die Stimmen von K. Marx und auch von Marxisten einen unverzichtbaren und unsere Befreiungen bereichernden Beitrag in dem Diskurs der Moderne und im (neu zu gründenden – F. W.) Institut für Philosophie zu leisten haben“, schreibt Fritzsche, a. a. O., 385.
 - 10 Ebd.
 - 11 Tatsächlich gibt es noch eine dritte Form neben dem Überzeugen und Überreden, die Meinung anderer zu ändern: das Verführen. Sieht man sich genauer an, was in diesen Prozessen jeweils vorausgesetzt wird, so mag es leicht sein, daß das Überzeugen sich als ein großes Wort in dem Sinne herausstellt, wie Hrachovec dies in seinem Text auffaßt. Vgl. dazu meinen Beitrag *Du sollst argumentieren! Zur Ethik des Überzeugens*. In: H. Vetter/M. Potacs (Hrsg.): Beiträge zur juristischen Hermeneutik. Wien 1990. S. 106–114